

**Die freie Wohlfahrtspflege auf dem Wohlfahrtsmarkt
Was wird aus der Subsidiarität?
Loccum, 7.Dezember 2017, 16.00 Uhr**

**Wer bezahlt, bestellt?
Die freie Wohlfahrtspflege und die veränderte Steuerung der Leistungsträger**

Inputs:

Birgit Eckhardt PW
Prof. Dr. Rolf Heinze RUB
Birgit Zoerner Stadt Dortmund

Beitrag aus der Praxis von Stadträtin Birgit Zoerner, Dortmund:

Ich werde die Zusammenarbeit zwischen einer Kommune, nämlich der Stadt Dortmund, und den Wohlfahrtsverbänden beleuchten. Dafür habe ich einige Thesen vorbereitet, die ich Ihnen nun vorstelle. Diese greifen auch kurz Aspekte auf, die aus den vergangenen Vorträgen stammen.

- Die Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in Dortmund ist durch eine partnerschaftliche Kooperation vor dem Hintergrund klarer Rollenverständnisse gekennzeichnet. So ist die Arbeit in den Seniorenbüros oder bei der Integrationsarbeit von Flüchtlingen durch Mitarbeiter_innen-Tandems (Mitarbeiter_innen eines Verbandes und der Stadt gemeinsam) geprägt, um die jeweiligen Stärken optimal zusammen zu bringen. Als Beispiel dafür kann ich unser Projekt „lokal willkommen“ nennen. „Lokal willkommen“ ist eine Anlaufstelle direkt im Quartier für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen oder ihre Anregungen und Fragen rund um Integration mitteilen möchten. Ziel des Pilotvorhabens ist es, ein Netzwerk aus haupt- und ehrenamtlich Tätigen aufzubauen, um das Unterstützungsangebot gemeinsam passgenauer auszurichten, Lücken zu erkennen und diese zu schließen. Es richtet sich an in Wohnungen lebende Flüchtlinge und die „Alteingesessenen“ im Quartier, um wichtige Integrationsschritte zu gehen bzw. zu begleiten.

- Die kontinuierliche Sicherstellung qualitativ hochwertiger Sozialer Dienste für die Bürger_innen unserer Stadt ist ein wichtiges politisches Anliegen der Kommune. Daher hat sich der Rat für langfristige Verträge entschieden: In einem Rahmenvertrag zwischen der Stadt Dortmund und den Wohlfahrtsverbänden insgesamt und in Einzelverträgen mit den Verbänden sind die zu erbringenden Leistungen in den einzelnen Handlungsfeldern im Detail für eine Ratsperiode festgelegt (Handlungsfelder sind u.a. Altenarbeit, Suchtkrankenhilfe, Hilfe für Prostituierte, Unterstützung der Selbsthilfe, Migrant*innenbetreuung, Soziale Beratung und Freiwilligenarbeit). Die Dauer der Verträge von einer Ratsperiode gibt Planungssicherheit.
- Nach europäischem und Bundesrecht unterliegen Zuwendungen keiner Notifizierungspflicht, zudem besteht keine generelle Ausschreibungspflicht. Bedeutend bei der Förderung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände ist eine transparente nachvollziehbare Darstellung des Verfahrens und der Gemeinwohlbezüge. Hinzu kommt die Möglichkeit der Zusammenarbeit in einem Vertrauensakt.
- Die kommunale Ebene der Förderung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände bietet Spielräume für lokale politische Gestaltung. Die Steuerung erfolgt über regelmäßige Berichterstattung und Handlungsfeldgespräche. Somit ist eine Umsteuerung zwischen den einzelnen Verbänden möglich, die im Konsens erfolgt. Das Berichtswesen wurde ausgeweitet. Wir streben an, das Berichtswesen nach sozialpolitischen Indikatoren zu gestalten, um zielgenauere Betrachtungen zu ermöglichen. Das ist weiterhin eine gemeinsame Entwicklungsaufgabe, sowohl für die Kommune, als auch für die Wohlfahrtsverbände.
- Zusammenfassend lässt sich feststellen: Da wir hohe qualitative Ansprüche an die Sozialen Dienste unserer Stadt haben, achtet die Kommune genau darauf, die Angebote betriebswirtschaftlich vernünftig, aber nicht ausschließlich nach Rentabilitätskriterien zu betreiben (oder durch die Verbände betreiben zu lassen). Im sozialen Bereich dürfen haushalterische Betrachtungen die qualitativen Standards nicht ersetzen.

Die partnerschaftliche Kooperation zwischen Kommune und klassischen Wohlfahrtsverbänden wird im Bezug auf die Sozialen Dienste durch weitere Akteur_innen ergänzt. Darauf möchte ich nun eingehen.

- Neben gewerblichen Anbietern als neuen Akteuren in den Sozialen Diensten, gibt es auch neue Formen von Engagement und Ehrenamt. Dafür haben wir in Dortmund spannende Ansätze gefunden, das Ehrenamt einzubinden, welches sich nicht in den klassischen Wohlfahrtsverbänden wieder findet. Durch die schon erwähnten Anlaufstellen im Quartier „Lokal willkommen“ und die Seniorenbüros haben wir es geschafft, Ehrenamtliche vor Ort nachhaltig in unsere Hilfestrukturen einzubinden.
- In den klassischen Handlungsfeldern der kommunalen Sozialpolitik sind in Dortmund keine neuen Akteur_innen hinzugekommen. Das liegt sicherlich auch u.a. daran, dass Verbände in vielen Handlungsfeldern in nicht unerheblicher Höhe Eigenmittel einbringen.
- Allerdings haben wir mit EHC einen privat gewerblichen Anbieter, der sich bei den Ausschreibungen zum Thema Obdachlosigkeit und Flüchtlingsbetreuung durchgesetzt hat. Aber auch EHC hat sich z.B. in den Jahren 2014/2015/2016 daran beteiligt, im gemeinsamen Gespräch das Thema Flüchtlingsbetreuung unter schwierigen Bedingungen konstruktiv weiterzuentwickeln. Dabei ist ein immer wieder diskutiertes Thema der Tariflohn als potenzielles Konfliktfeld zwischen der politischen Bewertung und der wirtschaftlichen Betrachtung.
- Aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen ist die Pluralisierung der Trägerlandschaft in Teilbereichen der Altenhilfe im starken Maße erfolgt. Private Akteur_innen sind vorwiegend in mehr marktwirtschaftlich orientierten Feldern, wie in der Pflege, hinzugekommen. Auch dabei ist die Sorge um die korrekte Entlohnung der Mitarbeiter_innen diskutiert worden. Ein wichtiges Regelinstrument für uns ist dabei das Tariftreue- und Vergabegesetz, welches die Entlohnung der Mitarbeiter_innen zumindest bei öffentlichen Aufträgen an Dritte regelt.

Nachdem ich auf die wichtigsten Thesen im Bereich Zusammenarbeit Kommune und Wohlfahrtsverbände eingegangen bin, möchte ich noch einige **offene Fragen** ansprechen, die uns aktuell beschäftigen:

- Durch das Subsidiaritätsprinzip ist rechtlich abgesichert, dass Wohlfahrtsverbände als zentrale Dienstleistungsanbieter sozialrechtlichen Vorrang haben. Dieser Vorrang wurde auch damit begründet, dass sie lokale Mitglieder einbinden und - zumindest in den letzten Jahren - Selbsthilfegruppen einbeziehen. Sie stehen aber auch Herausforderungen gegenüber: Es ist schwierig, neue Leute an sich zu binden, die Mitgliedschaft überaltert und die kulturelle Öffnung muss weiter vorangetrieben werden. Weitere Herausforderungen wie steigende Ökonomisierung, Digitalisierung, Individualisierung und Erosion des Ehrenamts müssen auch von den Wohlfahrtsverbänden gemeistert werden. Klar ist: die bisherige Organisations- und Arbeitsform werden sie hinterfragen müssen. Private Anbieter und neue (migrantische) Initiativen bereichern das System der Sozialen Dienste und fordern die klassischen Verbände heraus.
- Bisher sind wir davon ausgegangen, dass die Wohlfahrtsverbände die Vielfalt in die Sozialen Dienste bringen, die die Stadt allein nicht liefern kann. Dieses, so oft postulierte Alleinstellungsmerkmal der Wohlfahrtsverbände im Bereich der Sozialen Dienste wird durch neue, private wie ehrenamtlich organisierte Akteur_innen in Frage gestellt. Wenn es dieses Alleinstellungsmerkmal weiterhin geben soll, müssen auch die Wohlfahrtsverbände ihre Besonderheiten qualitativ herausarbeiten. Ansonsten liegt nahe, dass Vielfalt auch durch Vereine und private Institutionen in die Stadtgesellschaft und die Sozialen Dienste eingebracht werden kann.
- Die Monopolstellung der traditionellen Wohlfahrtsverbände gerät auch durch die Wandlung zu einer Einwanderungsgesellschaft unter Druck. Nur durch eine interkulturelle Öffnung in diesem Bereich werden notwendige Veränderungsprozesse weiter vorangetrieben.

- Ein letztes Problem wird auch in Zukunft immer wieder für Diskussionsstoff sorgen: Die Wohlfahrtsverbände sind Interessenvertreter und gleichzeitig Dienstleister. Einerseits sind sie das Sprachrohr derer, die auf Soziale Dienste angewiesen sind, andererseits bieten sie gegen Geld Leistungen an. Das führt zu Spannungen zwischen der Logik der Solidarität und der Logik der Marktwirtschaft.

Das Verhältnis der Stadt Dortmund zu den Wohlfahrtsverbänden ist durch enge Kooperation und Wertschätzung geprägt. Nichtsdestotrotz unterliegen die Kommune und die Wohlfahrtsverbände einem stetigen Wandel. Beide müssen neue gesellschaftliche Entwicklungen wie Migration, Diversifizierung der Gesellschaft und neue Formen des Engagements im sozialen Bereich positiv gestalten. Diesen Weg werden wir in Dortmund weiter gemeinsam gehen. Die Gesellschaft ändert sich rasant, deshalb sind ständige Innovationen nicht nur wünschenswert, sondern als Standard in allen zukünftigen Prozessen zu sehen.